

## Newsletter November 2024

Liebe Interessierte,

die letzten Wochen haben politisch einige Überraschungen mit sich gebracht. Die Rasantheit der Entwicklungen haben uns, wie sicher auch viele von euch, dabei in Atem gehalten. Am 6.11., kurz vor der am 14.11. geplanten Haushaltsbereinigung, hat die [taz](#) berichtet, das Bundesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Afghan\*innen sei gerettet - d.h., in den neuen Haushalt wieder eingeplant. Nur wenige Stunden später zerbrach die Koalition und damit auch jegliche Gewissheit über den Fortgang des Programms. Diese fehlt seitdem auch einer Vielzahl an Projektträgern, die Sprachkurse, Beratung und andere Unterstützung anbieten.

Zu den wenigen positiven Aspekten des Stillstands der Haushaltsverhandlungen gehört, dass auch diejenigen Gesetzesvorhaben womöglich nicht mehr verabschiedet werden können, die sich breiter Kritik aus der Zivilgesellschaft ausgesetzt sehen. Dazu gehört die Umsetzung der Reform des Europäischen Asylsystems (GEAS). Hier lag zunächst ein [Referent\\*innenentwurf](#) vor, zu dem diverse zivilgesellschaftliche Organisationen Stellung beziehen konnten, so zum Beispiel [Amnesty International](#), [Terre des Hommes](#) und [Pro Asyl](#). Der inzwischen veröffentlichte [Gesetzesentwurf](#) beinhaltet zumindest für besonders Schutzbedürftige ein paar Verbesserungen. Dennoch liest sich der Entwurf insgesamt erschreckend: die Einführung von verschiedenen Formen von Haft, welche auch Minderjährige nicht auslöst, ein lediglich durch Verordnungen und Erlasse geregelter Überwachungsmechanismus sowie die Bestimmung von sicheren Drittstaaten und Herkunftsländern ohne Einbeziehung des Parlaments geben einigen Anlass zu Sorge. Sicher ist aber, dass wir wie viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen diesen Entwicklungen nicht tatenlos zusehen werden!

Und so beenden wir das Vorwort einmal mehr mit dem Gedanken, wie wichtig es gerade jetzt ist, dass wir als starke Zivilgesellschaft eng zusammenstehen und uns die Errungenschaften der Demokratie und des Rechtsstaates nicht nehmen lassen.

In diesem Sinne: Seid laut, engagiert euch und bleibt solidarisch!

Herzliche Grüße

Euer Team vom Flüchtlingsrat Berlin e.V.

### Auszüge aus unserer Arbeit

**5-Punkte-Plan aus der Zivilgesellschaft**

Zuletzt hat Innensenatorin Iris Spranger (SPD) sich mehrfach zu einem von ihr entwickelten 5-Punkte-Plan zur „besseren Umsetzung von Abschiebungen aus Berlin“ geäußert. Bisher hat unserer Kenntnis nach niemand diesen Plan gesehen, jedoch bezog Frau Spranger im Innenausschuss am 04.11.2024 länger Stellung hierzu. Ihren Ausführungen nach beinhaltet ihr Plan:

1. Die technische Abschaltung von Informationen über Charterflüge
2. Die Streichung von Geldern für Projekte/ Beratungsstellen, die Ausreisepflichtige vor Abschiebungen warnen
3. Die Wiedereinführung der Abschiebehaft
4. Eine tägliche Meldepflicht für Ausreisepflichtige und/oder deren Wohnheime
5. Familientrennungen sollen einfacher möglich werden

Wir stellen bestürzt dieses weitere Einknicken der Politik vor populistischen Abschiebeforderungen fest und können nur eins tun: ihm widersprechen. Das tun wir hiermit: mit unserem eigenen [5-Punkte-Plan](#).

### **Anhörung im Innenausschuss**

Am 04.11.24 ist der Flüchtlingsrat Berlin in den Innenausschuss des Landes Berlin geladen worden, um als sachverständige Organisation zur aktuellen Abschiebep Praxis in Berlin zu sprechen. Unsere vorgetragene Positionierung finden Sie [hier](#). Die taz hat [berichtet](#).

### **Ombudsstelle schließt sich LAGD-Beanstandung an**

Vor einem Monat haben wir eine Beanstandung nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gegen die politische Einigung auf die Einführung der Bezahlkarte für Asylsuchende eingereicht. Unsere Begründung: Die Karte ist diskriminierend, da sie eine Ungleichbehandlung aufgrund des sozialen Status darstellt. Die unabhängige Ombudsstelle gibt uns nun inhaltlich recht: Nach ihrer Einschätzung könnte eine willkürliche Bargeldobergrenze für alle Geflüchtete diese gegenüber anderen Hilfeempfängern benachteiligen und damit diskriminieren. Ein hinreichend sachlicher Grund für diese Bargeldgrenze ist aus Sicht der Ombudsstelle nicht erkennbar. Dazu gab einen Artikel in der [taz](#).

### **Pressemitteilung zur Hinrichtung Sharmahds**

Die Islamische Republik Iran hat den Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd ermordet. Diese Hinrichtung ist kein Einzelfall, sondern symptomatisch für das iranische Regime. Zur Pressemitteilung geht es [hier](#).

### **Stellungnahme zum Rücknahmeabkommen mit Somalia**

Somalia hat Deutschland die Rücknahme von Geflüchteten „ohne Bleiberecht“ zugesagt. Ein entsprechendes Abkommen, welches schnellere Rückführungen ermöglichen wird, soll laut Bundeskanzler Scholz auf dem Weg sein. Der Flüchtlingsrat Berlin kritisiert den Plan eines solchen Abkommens zwischen der deutschen und der somalischen Regierung vehement. Gewalt, Terror und das Fehlen eines funktionierenden Staates machen eine sichere Rückkehr nach Somalia praktisch unmöglich. Das Auswärtige Amt gibt derzeit eine Reisewarnung aufgrund regelmäßiger schwerer Anschläge mit vielen Toten und Verletzten aus. Ziel dieser Angriffe sind dem AA zufolge u.a. der Flughafen Mogadischu. Die Entscheidung der deutschen Regierung, Rückführungen nach Somalia voranzutreiben, zeigt eine alarmierende Missachtung der humanitären Verantwortung bei Rückführungsabkommen. Zum gesamten Statement geht es [hier](#).

## Haushaltsverhandlungen: Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan erhalten!

Letzte Woche sollte im Bundestag über den Haushalt 2025 verhandelt werden – dabei darf das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan nicht in Vergessenheit geraten. Die Flüchtlingsräte Schleswig-Holstein und Berlin forderten zusammen mit dem Afghanischen Stammtisch Schleswig-Holstein die Weiterführung des lebensrettenden Aufnahmeprogramms und einen bundesweiten Abschiebungsstopp von Afghan\*innen in Deutschland. Zur Pressemitteilung geht es [hier](#).

## Sicherheitspaket: Presseerklärung mit den Landesflüchtlingsräten und Pro Asyl

Mit Sicherheit Verfassungsbruch: Wohnungslosigkeit und Verelendung verhindern! Anlässlich ihrer Herbsttagung in Erfurt forderten PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte die Bundestagsabgeordneten auf, das sogenannte Sicherheitspaket abzulehnen. Auch nach den jüngsten Änderungen gilt: Die für bestimmte Gruppen von Geflüchteten vorgesehene Streichung von Sozialleistungen steht im klaren Widerspruch zur Verfassung. [Hier](#) geht es zur ganzen PM.

## Presseerwähnungen (Auszug)

Schwarz-rote Kartenspiele [taz](#)

Hohe Kosten, viel Aufwand [taz](#)

Neue Flüchtlingsunterkunft in einem Lichtenberger Hotel sorgt für Kritik [radio3](#)

Berlin: Streit über Abschiebepaxis [nd](#)

Berliner Hilfsorganisationen kritisieren "Abschiebedruck" [rbb](#)

Abschiebungen haben Vorrang [taz](#)

Härtere Linie bei Abschiebungen [taz](#)

Mehr Sicherheit – durch mehr Elend? [taz](#)

Flüchtlingsunterkunft in Lichtenberg: "Dieses Hotel wäre wahrscheinlich verfallen, wenn der Senat es nicht in Anspruch genommen hätte" [Tagesschau](#)

Ist das Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Afghan\*innen gescheitert? [Radio Dreyecksland](#)

Zimmer gefunden? Sorry, Sie müssen im Wohnheim bleiben [taz](#)

## Neuigkeiten aus dem Bereich

### Unsicherheitspaket tritt in Kraft

Am 30.10.24 wurde im Bundesgesetzblatt das "Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems" veröffentlicht und ist damit am folgenden Tag in Kraft getreten. Darin finden sich u.a. die Möglichkeit des kompletten Ausschlusses von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Dubliner, die Möglichkeit, per KI das Internet zwecks Identitätsfeststellung im Asylverfahren zu durchsuchen, eine Anzeigepflicht für Schutzberechtigte bei Reisen ins Herkunftsland und weitere Verschärfungen im Ausweisungsrecht und beim Ausschluss von der Flüchtlings-eigenschaft. Hier geht es zu einer Übersicht der [GGUA](#).

### Haushaltssituation gefährdet Integrationskurse

Noch ist unklar, ob der Etat von 2024 oder der des Regierungsentwurfs für 2025 oder aber ein vollkommen neuer Etat die Grundlage für den Haushalt bilden wird. Das hat signifikante Auswirkungen auf die Unterstützungsstrukturen im Migrationsbereich: Die Förderung von Integrationskursen, der Migrations- und Asylverfahrensberatung, Aufnahmeprogrammen und anderen Projekten bleibt unklar. Bei Integrationskursen besteht zwischen den beiden

genannten Etäts eine Spanne zwischen 500 Mio. und 1 Mrd. Euro. Erst im Dezember soll es Klärung geben. Die [taz](#) hat dazu geschrieben.

## Neuer Skandal um Unterkunftsbetreiber Serco

Nach Recherchen von Monitor und ZDF Magazin Royale machen private Firmen mit der Unterbringung Geflüchteter in Deutschland Unsummen an Geld - auf dem Rücken von Bewohner\*innen und Angestellten. Der Rüstungskonzern Serco, der im vergangenen Jahr Deutschlands bis dato größten Flüchtlingsheimbetreiber "European Homecare" sowie die ORS-Gruppe aufgekauft hat, ist besonders in der [Kritik](#).

## Gaza: 86 Untätigkeitsklagen wegen Entscheidungsstopp des BAMF

Eine [Anfrage](#) der Linken im Bundestag hat ergeben, dass die Zahl der anhängigen Untätigkeitsklagen von Asylsuchenden aus palästinensischen Gebieten (z.B. Gaza) - vor dem Hintergrund des Entscheidungsstopps im BAMF - 86 beträgt. In diesem Jahr gab es zu diesen Klagen 19 Gerichtsentscheidungen: zwei Schutzanerkennungen und 17 sonstige Gründe, aus denen sich die Untätigkeitsklagen erledigten.

## Unveränderte Einreisezahlen trotz Grenzkontrollen an Binnengrenzen

Eine Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von Clara Bünger (Die Linke) ermöglicht eine erste Bilanz der Mitte September 2024 an allen deutschen Landesgrenzen eingeführten Binnengrenzkontrollen. Verglichen wurden die Aufgriffs- und Zurückweisungszahlen der Bundespolizei in den drei Wochen vor und nach dem 16.09. Das Resultat: An den westlichen Grenzen, an denen Binnengrenzkontrollen neu eingeführt wurden, gab es einen (leichten) Anstieg der festgestellten unerlaubten Einreisen. An den östlichen und südlichen Grenzabschnitten, an denen sich nichts geändert hat, gab es hingegen einen merklichen Rückgang der unerlaubten Einreisen. Das widerspricht dem häufig geäußerten Narrativ, wonach Binnengrenzkontrollen angeblich zu einem Rückgang der Zahl unerlaubter Einreisen führen würden. Die Süddeutsche [berichtete](#).

## Einschränkungen beim Familiennachzug

Veränderte Praxis bei der Vergabe von Sonderterminen führt zu dauerhaften Familientrennungen: Seit kurzem erhalten Eltern keine vorgezogenen Sondertermine mehr, um Visa zur Familienzusammenführung in der deutschen Botschaft zu beantragen. Nach aktueller Verwaltungspraxis ist ein Elternnachzug jedoch ausgeschlossen, sobald subsidiär Schutzberechtigte volljährig sind. Damit verlieren Jugendliche unverschuldet ihr Recht auf Elternnachzug. Stellungnahme von [Pro Asyl](#).

## Keine Grenze ist für immer: Das Alarmphone wird 10 Jahre alt

Das selbstorganisierte transnationale Alarmphone feierte am 11. Oktober sein zehnjähriges Jubiläum. Mittlerweile 300 Freiwillige sind rund um die Uhr schichtweise im Einsatz und nehmen Anrufe entgegen von Menschen, die bei der Flucht über das Mittelmeer in Seenot geraten, oder von Angehörigen, die sich Sorgen machen um ihre Liebsten. Bericht von [Pressenza](#).

## Dokumentation: Ausgesetzt in der Wüste

Die Dokumentation vom BR behandelt die dramatischen Folgen europäischer Migrationspolitik, zeigt wie EU-finanzierte Sicherheitskräfte in Nordafrika systematisch Menschen in die Wüste verschleppen und welche Verantwortung Europas Regierungen tragen. Zur Doku geht es [hier](#).

## Spendenaktion für die Härtefallberatung des Migrationsrats

Gute Beratung stoppt Abschiebung: Der Migrationsrat braucht 8.000€ für die Härtefallberatung! Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung, die in Berlin keine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben und von Abschiebung bedroht sind, können sich an die Härtefallberatung wenden. Die rechtliche Beratung wird beim Migrationsrat durch zwei Jurist\*innen geleistet, die selbst als Migrant\*innen nach Deutschland gekommen sind und sich mit Entschlossenheit und Einfühlungsvermögen um jede einzelne Person kümmern – niemand ist für uns nur ein "Fall". [Hier](#) geht es zur Kampagne.

## Online-Dienst: Beantragung anwaltlicher Beratungshilfe

Der neue kostenlose Online-Dienst soll dabei helfen, digital anwaltliche Beratungshilfe für bedürftige Menschen zu vereinfachen – durch einen vollständig digitalen Antrag auf Beratungshilfe. Auf [service.justiz.de](http://service.justiz.de) kann man hierfür durch ein Vor-Ab Check ermitteln, ob einem Beratungshilfe zusteht. Falls ja, lässt diese sich ab sofort online beantragen.

## Neuer Verteiler des BumF

Der Verteiler [flucht-gender@b-umf.de](mailto:flucht-gender@b-umf.de) des „Netzwerk geflüchtete Mädchen und junge Frauen“ vom Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Geflüchtete e.V. ist ein Vernetzungs- und Informationstool, über den in regelmäßigen Abständen relevante Publikationen, Aktionen, Fortbildungen und Veranstaltungshinweise zum Thema junge geflüchtete Mädchen und FLINTA\* geschickt werden. Bei Interesse, in den Verteiler mit aufgenommen zu werden, an [netzwerk@b-umf.de](mailto:netzwerk@b-umf.de) wenden.

## Fortbildungen

### GIZ: Workshops für Sprachmittelnde

30.11.2024 "Umgang mit Stress - Achtsamkeitstraining für Sprachmittler\*innen"

07.12.2024 "Sprachmittlung für LSBTI-Geflüchtete"

Die Workshops finden jeweils von 10:00 – 14:30 Uhr in der Carl-Schurz-Straße 35, 13597 Berlin-Spandau statt. Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme an den Workshops haben, senden Sie bitte das ausgefüllte Formular an [amif@giz.berlin](mailto:amif@giz.berlin).

### Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Identitätsklärung und Passbeschaffung: Länderfokus Afghanistan

16.12.2024 Online

In der Grundlagenschulung wird es eine allgemeine rechtliche Einführung in den Themenkomplex Identitätsklärung geben, anschließend werden gegenwärtige Problemlagen bei der Identitätsklärung und Dokumentenbeschaffung für Afghan\*innen in Deutschland, in Anbetracht der politischen Situation, erläutert. Nach dem Input wird es

Raum für Fragen und Diskussionen und einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch geben.  
Zur Anmeldung geht es [hier](#).

## **Veranstaltungen**

### **Sudan-Abend**

25.11.2024 im Haus der Demokratie und Menschenrechte

Der Sudan befindet sich in einem anhaltenden Krieg, der Millionen Menschen in die Flucht treibt. Viele von ihnen suchen Schutz in den Nachbarländern, insbesondere in Ägypten. Doch die Lage der Geflüchteten bleibt auch dort prekär, insbesondere in einem politischen Klima, das von Seiten der EU zunehmend darauf abzielt, Migrant\*innen und Geflüchtete außerhalb ihrer Grenzen zu halten.

Wir laden herzlich zu einer Veranstaltung ein, in der wir nicht nur die Hintergründe des Krieges im Sudan beleuchten, sondern auch auf die europäische Politik gegenüber Geflüchteten eingehen.

Mehr Infos gibt es [hier](#).

### **Kunstauktion der EKBO**

Kulturforum in der St. Matthäus-Kirche, Matthäikirchplatz

30. November 2024, 19:00 Uhr

Eine alljährliche Kunstauktion Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg schlesische Oberlausitz (EKBO) zugunsten von Projekten für Migrant\*innen und Geflüchteten. Weitere Informationen [hier](#).

### **Online-Veranstaltungsreihe Afghanistan**

05.12. Online 18-20 Uhr

Von 2001 bis 2021 war die Bundeswehr am Einsatz in Afghanistan beteiligt. Sie verließ bei der Übernahme der Taliban überstürzt das Land. Die Situation von Ortskräften in Afghanistan ist seit der Machtübernahme der Taliban dramatisch angespannt. Viele, die während des Einsatzes internationaler Truppen für die Bundeswehr oder andere westliche Organisationen gearbeitet haben, sind nun Ziel von Repressalien und Gewalt, weil sie als Verbündete des Westens wahrgenommen werden. Das Bundesaufnahme-programm für besonders gefährdete Afghan\*innen stagniert derweil. Statt der versprochenen 1000 Menschen pro Monat sind gerade einmal knapp 700 Personen daüber eingereist (Stand Oktober 2024). Darüber diskutieren wir mit dem Patenschaftsnetzwerk der Ortskräfte und der AWO, die seit langem zum Thema Afghanistan und Bundesaufnahme-programm arbeitet. Die Links zur Anmeldung findet ihr [hier](#).

### **Veranstaltungsreihe zur Bildung von jungen Geflüchteten**

11.12.24 von 10 bis 16 Uhr im Abgeordnetenhaus Berlin

Segregation statt echter Teilhabe – das ist leider immer noch die traurige Wahrheit für viele junge Menschen, die zu uns gekommen. Willkommensklasse, Willkommenschule – die Wörter und Orte sind da. Aber wie und wann geht es von dort weiter? Welche Hürden gibt es? Welche Strukturen hat Berlin? Welche fehlen? Wie schaffen wir es in Berlin, dass aus „Willkommen!“ ein tatsächliches „Macht mit!“ wird? Und wie gehen wir mit den vielen Geschichten um, die die Familien mit sich und in die vorhandenen Systeme einbringen?

Einen ganzen Fachtage widmen wir uns diesen und vielen weiteren Fragen zu dem Thema „Bildungsperspektiven für junge Geflüchtete“.

Um eine Anmeldung über das Anmeldeformular auf der [Webseite](#) wird gebeten.

### **Herbsttagung des Bundesfachverbands umF**

Vom 11. bis 13. Dezember 2024 findet die jährliche Tagung unter dem Motto „Dem Rechtsruck etwas entgegen setzen!“ in Erfurt statt.

Die Arbeit mit jungen Geflüchteten ist stark geprägt von der politischen Situation, die aktuell sehr nach rechts driftet. Junge Geflüchtete werden als Gefahr gesehen, die es abzuwehren gelte, und migrationspolitische Erwägungen stellen sich vor die Kinder- und Jugendhilfe. Dies ist in der Gesetzgebung wie im gesellschaftlichen Klima spürbar, bei der Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten und Beratungsinfrastruktur und nicht zuletzt in einem Anstieg der Rassismuserfahrungen der jungen Menschen. Der BumF will mit dieser Tagung Impulse setzen und stärken um gemeinsam auch unter schwierigen Bedingungen handlungsfähig zu sein.

Weitere Informationen und das Anmeldeformular [hier](#).

## Stellenausschreibungen

Flüchtlingsrat Berlin, [Mitarbeiter\\*in Finanzen](#)

Johanniter, [Beschwerdekoordinator\\*in bei der BuBS](#)

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



### Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)